

Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

Wochen- und Nachrichtenblatt

früher

zugleich

Tageblatt für Hohndorf, Pöhlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Wendischendorf, Lichtensteindorf, Mülsen St. Nicolaus, Jacob, Micheln, Stangendorf, Thurn, Niedermülsen, Quitschnappel und Litschheim.

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein.

älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk.

54. Jahrgang.

Nr. 25.

Berufssprech-Anschluß:

Nr. 7.

Sonntag, den 31. Januar

Telegrammadresse: 1904.
Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags nachmittags für den folgenden Tag. Mittwochsblätter Bezugspreis 1 Mark 25 Pf., durch die Post bezogen 1 Mark 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Anschlüssen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwischenstraße 297, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Ansträger entgegen. — Inserate werden die fünfsämtliche Korpusseite oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate möglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Im „amtlichen Teil“ wird die zweisämtliche Seite oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die fünfsämtliche Seite 15 Pfennige.

Beschluß.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Hermann Geißler in Lichtenstein wird hierdurch aufgehoben, nachdem der im Vergleichstermine vom 24. November 1903 angenommene Zwangsvergleich durch rechtkräftigen Beschluß vom gleichen Tage bestätigt worden ist.

Lichtenstein, den 26. Januar 1904.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Am 1. Februar dls. Jz. ist die

Grundsteuer

für den ersten Termin 1904 fällig.

Wir fordern hierdurch alle Beitragsschuldigen auf, den Steuerbetrag binnen 14 Tagen an die hiesige Stadt kasse abzuführen. Einige Stückstände werden nach diesem Zeitpunkte zwangsweise begettrieben.

Lichtenstein, am 29. Januar 1904.

Der Stadtrat.

Steckner,

Bürgermeister.

Vgl.

Bekanntmachung.

Anschlüsse an das Ortsberufssprecherey in Lichtenstein-Gallnberg sind für den 1. Bauabschnitt bis zum 15. Februar bei dem Postamt dasselbe anzumelden.

Chemnitz, 24. Januar 1904.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Richter.

Bekanntmachung.

Die Übersendung der Kriegsbeorderungen (auf rotem Papier) und der Paktnotizen (auf weißem Papier) erfolgt in der Zeit vom 1.—15. März und zwar

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Von unserem parlamentarischen Berichterstatter, nh. Berlin, 29. Januar 1904.

Die Graf Ballerstrem sich aus seinem natürlichen Gleichgewicht bringen läßt, bedarf es recht bedeutender Anlässe. Seit den Sollatäpfchen im Dezember 1902 hat man ihn nicht so erregt gesehen als heute, diejenigen, die ihn zu dieser Erregung veranlaßten, waren die Sozialdemokraten. Daß sie es bedauern werden, dem Präsidenten einen berechtigten Grund zur Empörung gegeben zu haben, unterliegt wohl keinem Zweifel. Denn es bedarf keines besonderen Tatgefühls, zu wissen, daß die sozialdemokratische Geschmacklosigkeit in der Verdächtigung eines dem größten Teile des deutschen Volkes innerlich nahestehenden Standes Unwillen und Widerspruch erzeugen muß. Als nämlich der Antisemit Gräfe, der einzige bürgerliche Vertreter des Königreichs Sachsen, den vor Tagen gefallenen Auspruch des Sozialdemokraten Fischer zurückwies, „in der Weltgeschichte habe es keine größere Insammlung gegeben, über die nicht ein Pfaffe seinen Segen gesprochen habe“, bestätigten die Genossen des Herrn Fischer diesen freien Ausdruck mit lebhaften „Sehr richtig!“. Rufen. Erregt sprang Graf Ballerstrem auf und lebhafter wie sonst schwang er seine Glocke, die Sozialdemokraten laut aufforderten, sich solcher empörender Neuerungen zu enthalten, die im deutschen Reichstage nicht zulässig seien.“ Während die äußerste Linke sich darüber recht unruhig gebertete, applaudierte der andere Teil des Hauses recht lebhaft. Draußen im Lande wird man dem letzteren zustimmen, denn eine solche Beallgemeinerung sittlicher Verfehlungen ist unter allen Umständen zu verurteilen.

Als zweiter Redner zur Fortsetzung der 2. Beratung des Staats des Reichsamts des Innern sprach Abg. Gräfe (wirtsh. Vgg.). Er erregte nur deswegen schon besonderes Interesse, weil sich in seiner Person die Vertretung des gesamten Bürgertums in dem „roten Königreich“ repräsentiert. Seine ruhige, ernste Rede wurde aufmerksam angehört. In aus-

in Glauchau:
Durch Austragung von Mannschaften und Hilfsmannschaften des Bezirks Kommandos.

in allen anderen Ortschaften:

Durch die Gemeindebehörden.
Jeder noch nicht zur Meldung gebrachte Wohnungswechsel ist sofort dem Hauptmeldeamt zu melden.

Diejenigen Mannschaften des Feuerwehrstandes ausgenommen Erfäß Reserve, welche vom 1.—15. März in der Zeit von 8—12 Uhr und 2—5 Uhr nicht selbst zu Hause sein können, haben einen Averwandten, Mitbewohner, den Quartierwirt usw. mit der Empfangnahme des Besuchs zu beauftragen.

Jeder Unteroffizier und Mann der Reserve, Landwehr I. und II. und jeder Dispositionskräfte, der bis 15. März noch keine Kriegsbeorderung oder Paktnotiz erhalten hat, hat dies umgehend dem Hauptmeldeamt schriftlich oder mündlich zu melden. Die Erfäß Reserve hat diese Meldung nicht zu erstatten.

Die bisherigen Kriegsbeorderungen und Paktnotizen, die bis 31. März gültig waren, sind am 1. April von den Mannschaften selbst zu vernichten.

Königliches Bezirkskommando Glauchau.

Auktion.

Dienstag, den 2. Februar 1904, von vormittags 9 Uhr ab sollen die zum Nachlaß der Frau Posthalter Müller gehörigen Gegenstände, als: Möbel, Haushalt und Küchengeräte u. verschiedenes anderes im Hause des Herrn Zimmermeister Härtel, Glauchauer Straße, auf den Meistbieten verkaufst werden.

Carl Hauptmann, Notarrichter.

Städtische Sparkasse Lichtenstein.

Espeditionen werden an allen Wochentagen angenommen und zu zufüge gezahlt.

vormittag 8—12 Uhr, nachmittag 2—4 Uhr.

Alle am 1., 2. und 3. eines jeden Monats bewirkten Einlagen werden auf den vollen Monat der Einzahlung verzinst.

führlicher Weise verbreitete er sich namentlich über den Streik in Chemnitz, den er als ein bedauerliches Machwerk der Sozialdemokratie bezeichnete, die gewußt habe, daß die reichsgesetzliche Einführung des Zehntundtausends nicht mehr lange auf sich warten lassen könne, im Reichstag für diese Forderung bereits eine Mehrheit vorhanden sei. Weiter sprach er über die Handwerkerfrage und warnte die Regierung, die Gelegenheit nicht zu versäumen, dem Handwerker rettend die Hand zu reichen. Es scheine allerdings so, als ob die verbündeten Regierungen das nicht tun wollten. Er rief ihnen das Volkswort zu „Wen Gott verderben will, den straft er mit Blindheit“. Graf Posadowsky zuckte ob dieser Anspielung nur mit den Achseln. Wie er zu dem Kern der von der Wirtschaftlichen Vereinigung protegierten Handwerkerfrage steht, hat er häufiger dargelegt und deshalb kam er darauf auch heute nicht mehr zurück. — Lieber „seine“ Dienstboten und die Landarbeiter sprach Abg. v. Gerlach (ts. Vgg.) in schlagfertiger und interesseranter Weise. Er forderte die Einziehung der Dienstboten sowohl als auch der Landarbeiter in die gesetzliche Krankenversicherung und erläuterte an einigen Beispielen die oftmais traurige Lage dieser nicht versicherten Arbeiter und Dienstboten. In sehr entschiedener Form polemisierte er gegen den Staatssekretär Grafen v. Posadowsky wegen dessen Stellung zum Koalitionsrecht der Landarbeiter; er forderte auch für diese freie Bewegung und freie Meinungsäußerung und die Nebentragung des Posadowsky'schen Grundbalkes, jeder vernünftige Arbeiter solle sich organisieren und seine Lage verbessern“, auch auf diese teilweise in großem Elend stehende Klasse der Landarbeiter. — Graf Posadowsky erklärte, daß er den Forderungen des Abg. v. Gerlach betr. die Krankenversicherung der Dienstboten und der landwirtschaftlichen Arbeiter zustimme und er hofft, daß es möglich sein würde, die Forderungen bald praktisch durchzuführen zu können. Betreffs des Koalitionsrechts der Landarbeiter behielt er sich eine ausführliche Antwort vor. Von den Nationalliberalen sprachen heute rednerisch recht gewandt aber den kapitalistischen Standpunkt

scharf markierende Redner, der Abg. Lehmann und der Abg. Dr. Beumer-Duisburg. Beide äußerten sich über den grundlegenden Anlaß zum Chemnitzer Streik, wodurch der Disponent im Betriebe sein sollte, der Arbeiter oder der Arbeitgeber, beide griffen die Sozialdemokratie wegen ihrer Gesamthaltung zur Chemnitzer Affäre heftig an und sprachen die Hoffnung aus, daß ähnliche Kraftproben beiden Teilen erspart bleiben möchten. Besonders für sich erklärte Dr. Beumer seine Abneigung gegen den Zehntundtausendtag. Die Einführung dieser Arbeitszeit werde das Signal zur Forderung einer weiteren Arbeitszeitverkürzung bilden, bis Herr Wurm (S.) den „ein“-stündigen Arbeitstag durchgedrückt habe. — Der soz. Abg. Fröheldorf-Virna verbreitete sich besonders über die freie Wahl und suchte die Angriffe Dr. Mugdans (ts. Vtg.) gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen und die sozialdemokratischen Kassenverwaltungen im Besonderen zurückzuweisen. Die vom Grafen Ballerstrem gleich zu Anfang des Fröheldorf'schen Vortrages gelegentlich einer Unterbrechung ausgesprochene Vermutung, es scheine nicht so, als ob der Redner kurz sprechen wolle, bewahrheitete sich. Und das war wohl auch der Grund, weshalb ihm nur wenige Abg. zuhörten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Berlin. Zur Teilnahme an der unter dem italienischen General Georges stattfindenden Reorganisation der mazedonischen Dendarmen ist, dem „L.A.“ zufolge, der Major und Abteilungskommandeur im Feldartillerie-Regiment Nr. 72, von Alten, kommandiert worden.

* Eine anständige Royal Artillerytruppe von 2000 Mann wird von militärischer Seite gefordert angesichts der Erhebung der Einwohner in der südwestafrikanischen Kolonie.

* Der Kommandant S.M.S. „Habicht“ meldet aus Swatow und wie am gestrigen Tage: Lage unverändert.